

Schweizerischer Gewerbeverband Winterkonferenz, 17. Januar 2019, Klosters

Die andere Meinung

Philipp Hadorn, Nationalrat SP SO & Zentralsekretär der Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV

Sehr geehrte Damen und Herren

Guten Tag!

Ich habe das Angebot gerne angenommen, hier unter dem Titel "Die andere Meinung" zu Ihnen zu sprechen – auch wenn darin eine Annahme enthalten ist, die ich eigentlich nicht teile, sicher nicht vollumfänglich. Allerdings: Soeben haben Sie mich in die böse Ecke gestellt. Aber weil meine eigene Organisation bei den letzten Wahlen ebenfalls ein Ranking hat machen lassen, weiss ich gut, wie viel diese wert sind!

Der Titel, den Sie mir vorgegeben haben, und jetzt auch das Ranking zeigen, dass Sie uns Sozis nicht zu Ihren besten Freunden zählen. Und ja, das beruht zum Teil durchaus auf Gegenseitigkeit.

Allerdings: In der SP hat es ganz unterschiedliche Menschen. Es hat Leute aus einfachen Verhältnissen und es hat Reiche, es hat Arbeiterinnen und Arbeiter, Vorarbeiterinnen und Vorarbeiter, Chefinnen und Chefs – und es hat bei der SP ganz viele Selbständigerwerbende. Solche mit Ein-Frau- oder Ein-Mann-Betrieben, andere mit wenigen und auch einige mit vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Da könnte also durchaus ein Widerspruch zu Ihrer schwarz-weissen, oder eher blau-orangedunkelgrün – versus – roten Optik stehen.

Zugegeben, auf mich trifft das deutlich weniger zu: Ich bin Lohnempfänger, und als Gewerkschafter offenbar Ihr natürlicher Feind. Denn hier scheint ja die Sache eindeutig: Auf der einen Seite stehen die Gewerkschaften, die Forderungen stellen,

und auf der anderen Seite die Unternehmen, die sie zurückweisen. Aber vielleicht ist ja auch hier die Welt etwas komplizierter. Ich komme später darauf zurück.

Wahljahre sind Jahre des Egoismus. Jede und jeder, die sich für einen Sitz in Bern bewirbt, muss gegen aussen zeigen, dass sie die beste, der beste ist. Viele glauben das sogar selber. Wahljahre sind deshalb ausserordentlich schlecht geeignet für Kompromisse, für Solidarität. Aber trotz Wahljahr werden wir dieses Jahr über einen ganz besonderen Kompromiss abstimmen: Über das Doppelpack mit Unternehmenssteuerreform und AHV-Sicherung. Da haben viele über ihren Schatten springen müssen. Nur: Weder beim einen noch beim andern Thema haben wir wirklich grossen Spielraum. Und weil wir eben sowohl bei den Unternehmenssteuern als auch bei der Finanzierung der AHV den Sachzwängen ausgeliefert sind, ist es zu dieser Einigung gekommen. Ich begrüsse es, dass das Volk darüber abstimmen kann, aber wir alle, die wir im Parlament diesen Kompromiss mitgetragen haben, wir alle sind stark gefordert, dass das Volk dann auch zustimmt.

Ich glaube, dass Sie als Vertreterinnen und Vertreter der Klein- und Mittel-Unternehmen sehr genau überlegen müssen, ob Sie diese Vorlage bekämpfen wollen. Natürlich schlucken Sie eine Kröte mit der Erhöhung der AHV-Beiträge, aber wer tut dies nicht bei dieser Vorlage? Glauben Sie, dass die Kröte, die die Gegenseite schlucken muss, Steuergeschenke an Unternehmen, glauben Sie ernsthaft, dass diese Kröte leichter verdaulich ist als die Ihre?

Es gibt in unserem Land viele Leute, die den Kapitalismus wirklich nicht als das Gelbe vom Ei betrachten – davon gibt es deutlich mehr, als Sie vermutlich meinen. Diese Leute freuen sich garantiert nicht darüber, dass Unternehmen Steuereinsparungen in Milliardenhöhe machen können. Und es sind ja nicht die Grosskonzerne, die am meisten von diesen Steuersenkungen profitieren, sondern es sind genau Sie mit ihren mittelständischen Betrieben. Sie werden direkt von diesen Steuersenkungen profitieren, und Sie profitieren wohl zumindest indirekt von der besseren Finanzierung der AHV.

Allerdings ist mir bewusst, dass die Altersvorsorge für Selbständigerwerbende ein schwieriges Thema ist. Anders als die gut gepolsterten Herren in den Chefetagen der Grosskonzerne, die Jahr für Jahr unanständig hohe Bezüge einfahren, ohne mit ihrem eigenen Geld das geringste Risiko einzugehen, anders als diese Herren (Damen sind dort eher selten), anders als diese tragen die meisten von Ihnen das unternehmerische Risiko selbst, und wenn es schlecht läuft, vernachlässigen Sie Ihre Altersvorsorge. Ich kenne einige, denen es wichtiger ist, ihren langjährigen Angestellten den Lohn weiter zahlen zu können, und die deshalb auf ihre eigenen Einlagen verzichten. Das verdient Respekt, auch wenn es vielleicht nicht besonders klug ist. Auf jeden Fall ist es nicht egoistisch – das sind keine Politiker, sondern eben Gewerbler.

Sei's drum: wir brauchen eine Lösung bei den Unternehmenssteuern, damit endlich diese untragbare Bevorteilung der internationalen Konzerne verschwindet, und wir brauchen eine Lösung für die Finanzierung der AHV. Was jetzt vom Parlament beschlossen wurde, scheint etwas vom Intelligenteren zu sein, was drin liegt. Denn noch Intelligenteres ist uns nicht auf den Tisch gekommen... Dümmeres allerdings schon.

Die Schweiz ist ein Land der KMU. Das ist nichts Neues, aber es ist uns wohl in der letzten Zeit noch deutlicher bewusst geworden. Erlauben Sie mir einen Moment der Ironie: Ausgerechnet die Abstimmung über das Radio- und Fernsehgesetz, das Sie dermassen ärgert, ausgerechnet diese Abstimmung hat vielen Leuten im Land bewusst gemacht, wie viele kleinste und kleine Betriebe es gibt. Ja, auch das Radio- und Fernsehgesetz enthält also so eine Komponente von Solidarität: kleinste und kleine Betriebe erhalten keine Rechnung, grosse und sehr grosse bezahlen deutlich mehr, und sie leisten damit einen Beitrag dazu, dass die eigentliche Haushaltabgabe, das Kernstück des Gesetzes, eben etwas tiefer ausfällt. Aber das ist ein heikles Feld, und da mache ich mich gleich vom Acker und wechsele das Terrain.

Die Schweiz ist ein Land der KMU, und das bringt uns viel Gutes. Es würde mich doch

überraschen, wenn Sie hier anderer Meinung wären. Die KMU bieten Arbeitsplätze an Orten, wo Grosskonzerne nie auch nur einen Fuss hinsetzen würden. Sie bremsen damit die Verstädterung, wie sie in vielen Ländern der Welt rasant vorangeht. Und noch viel wichtiger: sie bieten neben den Arbeitsplätzen auch Ausbildungsplätze. Das Prinzip der Berufslehre ist ein Erfolgsmodell. Es macht die Schweiz einzigartig. Es macht auch die Schweizer Gewerbebetriebe einzigartig. Die Berufslehre ist eine Win-Win-Situation, wie man heute so schön sagt. Wenn Sie gut ausgewählt haben, bekommen Sie sehr schnell einen Mitarbeiter, eine Mitarbeiterin, die Sie im Betrieb einsetzen können, und zwar zu einem insgesamt günstigen Preis. Aber andererseits sichern Sie damit ihrem Berufsstand den Nachwuchs, der für den Fortbestand der Betriebe so dringend nötig ist.

Wie in so vielen Bereichen stellt sich aber auch hier die Frage: wie lange noch? Wie lange noch machen wir von Hand, was wir von Hand gemacht haben, seit die Menschen überhaupt aus den Höhlen gekrochen sind? Die industrielle Revolution, später die Erfindung des Fließbands, viele Automatisierungen: das alles hat das klassische Handwerk überlebt – natürlich mit laufenden Veränderungen und Anpassungen, aber insgesamt doch eben als Handwerk. Nun machen aber Robotik und künstliche Intelligenz plötzlich Entwicklungssprünge, und aufs Mal stellt sich die Frage: Lernt der Roboter möglicherweise schneller als der 16-jährige Berufsabgänger, wie ein Heizungsrohr angeschlossen, ein Möbel verleimt, eine Lampe montiert wird? In den letzten Jahrzehnten hat die Automatisierung vor allem Arbeitsplätze weggefegt von Leuten, die mit einer Berufslehre überfordert gewesen wären oder die im langen Berufsleben körperlich Einbussen erlitten haben, die deshalb nur einfache Handhabungen leisten konnten. Sind nun die qualifizierten handwerklichen Aufgaben bedroht? Ersetzen Roboter bald einmal alle Handwerkerinnen und Handwerker? Bauen Roboter die Roboter? Mir ist klar, dass diese Frage Sie ebenso beschäftigt wie mich – umso mehr, als wir im Moment keine Antwort haben, dass sich aber eine ins Bewusstsein zu drängen beginnt, die uns wirklich nicht gefallen will.

Gut, vielleicht habe ich als Politiker hier tatsächlich das bessere Ende – wobei: stellen

wir uns einen Roboter vor. Er sitzt auf meinem Platz im Nationalrat. Er kennt mein Smartvote-Profil ganz genau, und mit einer präzisen Textanalyse verarbeitet er die tausende von Seiten Unterlagen einer Session. Daraus leitet er ab, wie ich abstimme; nein, er ist sogar genauer als ich, der ich mich gelegentlich dann doch von Emotionen oder von Ratschlägen meiner Kolleginnen oder Kollegen leiten lasse: der Roboter stimmt exakt so ab, wie ich es einmal als Grundhaltung festgelegt habe. Die Politik wäre so deutlich effizienter, vielleicht sogar präziser – und im Ratssaal wäre es erst noch deutlich stiller. Gewiss, das ist ein Gedankenspiel, aber bei weitem nicht fernab der heute bereits vorhandenen technischen Möglichkeiten.

Der Verlust an Stellen für Leute mit niedriger Bildung, Personen mit eingeschränkter Arbeitsfähigkeit, Menschen mit reduziertem Arbeitstempo, das Verschwinden dieser Arbeitsplätze hat in unserem Land schleichend eine Gruppe von Männern und Frauen geschaffen, die ernsthaft in Gefahr sind zu verarmen. Vor einer Woche sind Zahlen durch die Medien, die uns alarmieren müssen: Einerseits hat das Seco eine Arbeitslosenstatistik veröffentlicht, die den Eindruck erweckte, als ob alles beim Besten wäre. Erst auf den zweiten Blick hat sich gezeigt, dass es gar nicht stimmt: Die offizielle Statistik blendet jene Personen aus, die nicht mehr Arbeitslosenunterstützung beziehen dürfen, weil sie zu lange keine Stelle mehr gefunden haben. Die korrekte Zahl der Leute ohne Arbeit ist viel höher; die Schweiz liegt in dieser realistischeren Statistik nicht mehr nur hinter Baden-Württemberg zurück, wie schon seit langem, die Schweiz liegt in dieser Statistik nun hinter ganz Deutschland, aber auch hinter Norwegen oder Grossbritannien.

Nun wäre das möglicherweise erträglich, wenn nicht die zweite Geschichte dahinter noch viel dramatischer wäre: Ein grosser Teil dieser Leute, die in der Statistik des Seco nicht mehr auftauchen, leben zwangsläufig von Sozialhilfe. Es sind keine Sozialschmarotzer, oh nein! Sondern es sind Menschen, die trotz grössten Anstrengungen keine Stelle mehr gefunden haben. Das allein ist eigentlich einem Land wie der Schweiz unwürdig; einem Land, das sich einmal als Solidargemeinschaft erschaffen hat. Aber erst recht unwürdig wird es, wenn wir hören, was Politikerinnen

und Politiker für Vorstellungen haben, wie sich die Sozialhilfe entwickeln soll. Fünf Franken pro Tag fürs Essen sollen reichen, wird da gesagt. Vielleicht erinnern wir uns nachher an diese Zahl, wenn wir uns hier verpflegen.

Ich will den Kommentar dazu einem andern überlassen, der definitiv nicht Gefahr läuft, als Linker verschrien zu sein: Patrick Müller, Chefredaktor der CH-Media-Zeitungen, Patrick Müller hat dazu letzte Woche geschrieben: "Es gibt Politiker, die allen Ernstes finden, ein Fünfliber pro Tag fürs Essen müsse reichen. Eine beschämende Haltung in einem der reichsten Länder der Welt – Ausrufezeichen." Dem ist nichts hinzuzufügen.

Sie sehen, das Thema Solidarität hat viele Seiten. Solidarität ist das Gegenstück zum Egoismus. Weil nur alle vier Jahre Wahlen sind, sind auch Politikerinnen und Politiker dreieinhalb Jahre lang fähig, Solidarität zu pflegen. Sie ist ein Pfeiler unserer Gesellschaft. Es macht mir grösste Sorgen, wenn ich sehe, wie unter dem Titel des Liberalismus, gelegentlich etwas ehrlicher unter dem Titel des Libertarismus, wie dort die Meinung vertreten wird, Gemeinschaft spiele keine Rolle, Solidarität spiele keine Rolle.

Das ist ein kolossaler Irrtum. Die Schweiz hat kein offizielles Staatsmotto, aber ein inoffizielles, und das heisst: Einer für alle, alle für einen. Vor 170 Jahren wurde der Bundesstaat als Zweckgemeinschaft gegründet, um miteinander für das Gemeinwohl einzustehen. Die Gründer hiessen damals Radikale, aber es waren mit der heutigen Bezeichnung die Freisinnigen, die diesen Staat mit diesem Grundsatz begründet haben.

Das Wort Solidarität wird denn auch nicht nur von Linken verwendet; es gehört zum Wortschatz von allen, die den Gemeinwohl über den Eigennutz stellen. Was hat das mit dem Gewerbe, den KMU in der Schweiz zu tun? Aus meiner Sicht sehr viel. Die KMU verhalten sich in aller Regel deutlich solidarischer als Grossunternehmen. Natürlich sind sie häufig dazu geradezu gezwungen, denn sie

haben gar nicht die Möglichkeit, Arbeitsplätze nach Indien, Moldawien, Portugal oder nur schon aus der Ostschweiz ins Mittelland zu verlegen, denn Sie sind an ihren Standort gebunden. Aber sie verbinden sich auch gerne mit ihrem Standort. Sie fühlen Heimat, und Sie prägen Heimat. Viele von Ihnen leisten an Ihrem Standort mehr für die Gesellschaft, für die Allgemeinheit, als Sie tatsächlich müssten.

Man könnte jetzt einwerfen: Sie erhalten auch Gegenleistungen dafür; von nichts kommt nichts und so. Aber das sind doch weitgehend nur Sprüche. Auch in Ihren Branchen genügt es heute nicht mehr, mit dem Gemeindepräsidenten Duzis zu sein, um einen Auftrag zu erhalten. Auch das Präsidium im Turnverein bringt deutlich mehr Aufwand als Nutzen. Sie müssen Qualität abliefern, und dies zu einem möglichst tiefen Preis. Das ist eine Folge des Wettbewerbs, den Sie ja alle grundsätzlich befürworten – ich übrigens auch. Wettbewerb soll fair sein, ja ich finde, Wettbewerb soll solidarisch sein: Wer Ausschreibungen gewinnt, weil er mit Preisen antritt, die die Kosten nicht decken, ist erstens ein schlechter Geschäftsmann, zweitens aber verletzt er die Fairness, die Solidarität. Denn jemand bezahlt später dafür; schlimmstenfalls zahlt eine ganze Branche dafür, und dann sitzen Unternehmer und Angestellte im selben Boot, das Schlagseite hat, das untergeht – oder das im letzten Moment auf Kosten der Allgemeinheit gerettet wird.

Solidarität in einem Land, das einen dermassen hohen Wohlstand hat wie die Schweiz, ist manchmal eine schwierige Sache. Ich sehe, einige haben den Kopf geschüttelt. Ich vermute, Sie finden, dass der Wohlstand in der Schweiz gar nicht so hoch sei. Da gibt es halt wieder verschiedene Blickwinkel: Wenn Sie das Entlebuch mit dem Zürichberg vergleichen, schauen Sie scharf nach oben. Aber vergleichen Sie das Entlebuch mal schon nur mit den Tessiner Bergtälern. Oder vergleichen Sie die Tessiner Bergtäler mit dem Hinterland von Neapel – oder erst dem Hinterland von Nepal.

Wir sind Teil einer einzigen Welt. Wenn die Fotos Ihrer Ferienreise durchs Hinterland von Nepal innert Sekunden bei Ihren Liebsten zu Hause ankommen, sind Sie Teil

dieser Globalisierung. Eine Globalisierung der Ferienbilder, klar. Die Globalisierung der Ferienbilder ist Ausdruck einer Globalisierung der Informationen. Die technische Revolution, die uns zurzeit überrollt, macht Globalisierung in diesem Ausmass erst möglich. Die Menschen im Hinterland von Nepal – auch sie! – sehen auf ihren Handys Bilder einer Welt, die sie noch vor zehn Jahren nicht einmal aus dem Bilderbuch ihrer Kinder kannten – wenn sie sich denn überhaupt auch nur ein Kinder-Bilderbuch leisten konnten.

Die Globalisierung ist heute keine Globalisierung der Solidarität, sondern eindeutig eine Globalisierung des Egoismus. Das ist wenig erstaunlich. Denn wer plötzlich feststellt, dass das eigene Leben nicht etwa komfortabel und golden ist, sondern ganz im Gegenteil erbärmlich und zurückgeblieben, der wird nicht vor Freude tanzen, wie es uns der Ferienprospekt darstellt, sondern selbstverständlich wollen die Leute auch dort Teil dieser modernen, reichen Welt werden.

Ich könnte hier jetzt stundenlang den Zusammenhang mit der Migration ausführen. Ich könnte Sie fragen, was denn so falsch daran ist, wenn Menschen sich aus den ärmsten Gegenden der Welt aufmachen, um an anderen Orten ihr Glück zu suchen. Aber es genügt für heute, dass der Gedanke hier nicht ganz vergessen geht.

Globalisierung äussert sich vorerst nicht in Solidarität, sondern im Egoismus. Und das nicht punktuell, sondern grossflächig. Mehr oder weniger demokratische Wahlen spülen Männer an die Macht, die den Egoismus als obersten Punkt ihres Wahlkampfes führten: Orban, Kaczinski, Duterte, Bolsonaro und auch der schlecht frisierte Mann mit den überlangen Krawatten sind Zeichen einer Bewegung, die versucht, sich dieser globalen Entwicklung entgegenzustellen. Ich glaube als Christ und als Politiker, dass diese Welle bald ihren Scheitelpunkt erreicht. Zugegeben: als Christ glaube ich das etwas mehr als als Politiker.

Globalisierung ist eine Tatsache, und sie lässt sich nicht rückgängig machen. Sie lässt sich ausnützen – das machen ja beispielsweise genau diese Grosskonzerne, die mit

dem AHV-Steuer-Doppelpaket etwas mehr in die Pflicht genommen werden sollen – sie lässt sich beispielsweise auch ausnützen, indem wir billige Arbeitskräfte in die Schweiz holen.

Globalisierung ist nicht umkehrbar. Das heisst, wir müssen mit ihr leben, und wir müssen anständig, fair mit ihr leben. Das fordert uns heraus. Es fordert uns heraus, weil wir viel stärker als früher ganz bewusst ein Teil dieser ganzen Welt sind. Wir können nicht mehr davon profitieren, dass die Schwarzgelder aus der ganzen Welt auf unseren Banken landen und hier gut versteckt sind. Wir können – ganz schlicht und einfach – nicht mehr nur Rosinen picken. Wir sind auf gute Beziehungen untereinander angewiesen, und wir sind mehr denn je auf gute Beziehungen mit unsern Nachbarn angewiesen. Wir sind auf gute Beziehungen mit der EU angewiesen. Schon wieder sehe ich Köpfe schütteln. Machen wir also ein kleines Gedankenspiel. Ich sage, gute Beziehungen zur EU nützen uns, und Sie schütteln den Kopf. Kehren wir die Aussage also um: Schlechte Beziehungen zur EU nützen uns. Nein?

Lassen wir uns darauf ein! Ganz abgesehen, dass uns gar nichts anderes übrig bleibt, lassen wir uns aktiv darauf ein und arbeiten wir an unseren guten Beziehungen zur EU, zur ganzen Welt. Das kann uns gelegentlich etwas kosten, in der Tat. Aber es kann uns Perspektiven schaffen, nämlich dann, wenn wir in der Lage sind, als solidarische Gemeinschaft voranzugehen in die Zukunft der globalisierten Wirtschaft.

Das wäre eigentlich ein schönes Schlusswort, aber ich bin noch nicht fertig. Ich habe Ihnen ja versprochen, dass ich mit Ihnen noch über die bösen Gewerkschaften sprechen will. Sonst wäre es vielleicht gar nicht die andere Meinung? Vielleicht haben Sie mir bei vielem zustimmen können, das ich bisher gesagt habe? Es wird Sie überraschen, dass wir jetzt erst recht zu den Gemeinsamkeiten kommen! Sprechen wir also zum Schluss über Sozialpartnerschaft.

Bei diesem Thema ist mir klar, dass viele von Ihnen eine andere Meinung haben – zumindest jetzt noch! Für mich ist es von den Themen, die ich angesprochen habe,

jenen, bei dem meine Überzeugung am klarsten ist. Und nicht, weil ich damit mein Geld verdiene, sondern genau im Gegenteil: Ich habe mich entschieden, als Gewerkschafter zu arbeiten, weil ich von dieser Aufgabe, vom Einsatz für die Sozialpartnerschaft, voll überzeugt bin.

Eben erst, im November haben wir uns hundert Jahre zurückerinnert, an den Landesstreik, der im November 1918 für drei Tage die Schweiz lahmgelegt hat. Es ist der einzige Generalstreik überhaupt in der Geschichte unseres Landes. Das liegt zu einem wesentlichen Teil daran, dass die Schweiz seit 1918 viel gelernt hat. Als erstes wurde die 48-Stunden-Woche eingeführt und damit ein Grundstein gelegt, um die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter einzudämmen.

Krankenversicherungen und Formen der Altersvorsorge entstanden bald danach. Und zwar entstanden sie nicht auf politischem Weg, nicht als Gesetze, sondern in Übereinkunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Tatsächlich haben wir zwar in diesen Bereichen heute überall auch Gesetze, aber das wohl einzig darum, weil es halt doch zu viele Uneinsichtige unter den Unternehmern gab.

Die Schweiz versteht sich als Land mit einer sozialen Marktwirtschaft, und das bedeutet, dass der freie Markt das oberste Prinzip ist. Aber es werden soziale Grenzen gesetzt, wenn das gesellschaftliche Gleichgewicht in Gefahr gerät. Gut, ich könnte jetzt über Krankenkassen sprechen, über das Gesundheitswesen überhaupt, aber ich will ja positiv schliessen, und so folgt jetzt der versöhnliche Abschluss zum Thema Gesamtarbeitsverträge.

In der Schweiz gibt es keinen staatlichen Mindestlohn. Ob das gut oder schlecht ist, darüber liesse sich jetzt vortrefflich streiten. Allerdings: Wenn ich sehe, was herauskommt, wenn der Bund einmal einen Mindestlohn festsetzt, packt mich das nackte Grauen: Für die Leute, die Ihnen Pakete bringen, Leute also, die höchste Zuverlässigkeit und höchste Vertraulichkeit erfüllen müssen, für sie hält die Aufsichtsbehörde, die so genannte Postcom, 18 Franken 27 als Stundenlohn für

angemessen. Eine Klammer: Der Bund legt nur einen Mindestlohn fest, wenn er ein Marktversagen festgestellt hat. Der viel gerühmte freie Markt hat also noch erbärmlichere Löhne als angemessen erachtet.

Hier ist also dringender Bedarf an Sozialpartnerschaft. Hier braucht es eine starke, mutige Gewerkschaft, die sich mit den Arbeitgebern an einen Tisch setzt und Forderungen stellt. Dazu braucht sie einen Auftrag der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; vielleicht muss sie also zuerst noch etwas Mitgliederwerbung machen, damit sie die Arbeitgeber überhaupt dazu bringt, an diesen Tisch zu kommen.

Was werden die Arbeitgeber dann erleben? Einige von Ihnen malen sich jetzt wohl Bilder aus von fahnenschwingenden, Parolen singenden, rot gekleideten Personen. Ja; dieses Bild der Gewerkschaften gibt es auch. Aber es zeigt die Realität etwa so genau wie die Karikatur des ewig Stumpfen rauchenden, übergewichtigen, die Sekretärin betatschenden Unternehmers. Den gibt es ja tatsächlich auch. Und so trifft es auch zu, dass die Gewerkschaften ihre Mitglieder dazu aufrufen, ihre Stärke zu zeigen. Das gelingt am besten über grosse, eindruckliche Menschenmassen. Aber damit sehen Sie nur einen Bruchteil davon, was Gewerkschaften tun, und wie Sozialpartnerschaft funktioniert. Gehen wir also zurück an diesen Tisch, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammensitzen. Sehr viele solche Verhandlungen führen rasch zu einem Resultat: Weder die eine noch die andere Seite wäre ja an den Tisch gekommen, wenn nicht eine Bereitschaft vorhanden wäre, nach einer Einigung zu suchen.

Zweifellos ist diese Arbeit für beide Seiten nicht einfacher geworden. In den genau 20 Jahren, seit ich als Gewerkschafter arbeite, hat sich das Klima abgekühlt. Das liegt im privaten Unternehmensbereich an der Tendenz, eher die Shareholder als die Stakeholder zu berücksichtigen (also vereinfacht gesagt Gewinne an die Aktionäre auszuschütten statt gerechte Löhne zu bezahlen). Im öffentlichen Bereich hat gleichzeitig eine Umgewichtung stattgefunden. Wirtschaftliche Ziele werden über politische Ziele gestellt. Ich nenne Ihnen nur das Beispiel, mit dem ich mich tagtäglich

beschäftigte: SBB Cargo soll selbsttragend sein, und das ist der Politik wichtiger als die Verkehrsverlagerung auf die Schiene und die flächendeckende Versorgungssicherheit. Was für ein Unsinn!

Diese Entwicklung hat die Sozialpartnerschaft erschwert, ja, ab und zu behindert sie sie, aber sie verhindert sie nicht, Gott sei Dank. Die einfachste Lösung für die Sozialpartnerschaft sind Gesamtarbeitsverträge, insbesondere solche, die ganze Branchen abdecken. Damit wird dem einzelnen Arbeitgeber viel abgenommen: es gibt ein geregeltes Lohnspektrum; Ferienansprüche, Arbeitszeiten, vielleicht auch Zeit und Geld bei Vater- und Mutterschaft sind für alle Firmen einheitlich geregelt. Das hilft beiden Seiten, glauben Sie mir! Sie können sich in Gesprächen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber erst recht mit Stellen-Bewerberinnen und -Bewerbern, auf diese Regelungen abstützen. Sie sind glaubwürdig, denn ihr Konkurrent hält sich an die gleichen Vereinbarungen; Sie können viel wesentlichere Qualitäten ausspielen, wenn Sie sich nicht mit den Grundlagen beschäftigen müssen. Sie können sich als guten Arbeitgeber ins Bild setzen, denn gerecht sind Sie sowieso – dank dem Gesamtarbeitsvertrag, den andere für Sie erledigt haben.

Ich bin also nicht Ihr Gegner, ich bin Ihr Partner. Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen eine Schweiz, die ihren Wohlstand bewahrt, die sowohl für Junge als für Alte lebenswerte Grundwerte einhält, die Konflikte friedlich regelt. Und ich will – und ich zähle darauf, dass Sie das auch wollen – ich will eine solidarische Schweiz, in der Starke sich um Schwache kümmern, damit die Gräben nicht tiefer werden, sondern flacher.

Ist das wirklich die andere Meinung?

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!